



2007/39 Disko

<https://jungle.world/artikel/2007/39/monogamie-ist-keine-loesung>

Monogamie ist keine Lösung

Von **julia seeliger**

Die Orientierung der Familienpolitik auf monogame Ehepartnerschaften ist weder gerecht noch zeitgemäß. Künftige Gesellschaftsmodelle müssen auf Vertrauen und Verantwortung in den verschiedensten Beziehungsformen aufbauen. von julia seeliger

Nach dem verflixten siebten Jahr soll künftig Schluss sein – wenn es nach der Fürther Landrätin Gabriele Pauli geht. Mit dieser Ankündigung sorgte sie für ein lautes Medienecho, Edmund Stoiber legte ihr sogleich den Parteiaustritt nahe. Dabei liegt Pauli so falsch gar nicht mit dieser Idee. Gerade im konservativen Milieu gibt es viel zu diskutieren, was gesellschaftliche Realitäten angeht. Die CDU hat damit zaghaft begonnen, die CSU hat nach Paulis Ankündigung wiederum klargestellt, dass für sie das »klassische Familienbild« auch weiterhin im Mittelpunkt steht. Die so häufig zitierte »bürgerliche Kleinfamilie« mit Vater-Mutter-Kindern soll aus Sicht der Christlich-Konservativen auch künftig das Leitbild sein.

Mit Zähnen und Krallen verteidigen die Konservativen ein Ideal, das schon längst Vergangenheit ist. Fakt ist: Nach »'68« wurden die muffigen bundesdeutschen Realitäten aufgebrochen. Der Paragraph 175 wurde abgeschafft, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vorangetrieben, Kommune-Experimente gestartet: Die Gesellschaft hat sich gewandelt – und das ist goldrichtig so! Menschen leben in Kleinfamilien, Regenbogenfamilien, Wohngemeinschaften, Hausprojekten, als Singles – Vielfalt rules!

Um all diesen Menschen, und nicht nur denjenigen, die sich für die verehelichte Kleinfamilie entscheiden, gerecht zu werden, muss sich eine Menge ändern. So ist ein Adoptionsrecht für Homosexuelle mehr als überfällig, Hartz IV muss einer individuellen Grundsicherung weichen, und das Ehegattensplitting muss durch eine individuelle Besteuerung der Einkünfte ersetzt werden. Teilzeit, Niedriglohn und damit auch Altersarmut sind immer noch weiblich. Zu dieser Diskussion gehört auch, sich endlich grundsätzliche Gedanken zu machen über eine Gesellschaft mit verbindlichen Beziehungen, eine Gesellschaft, in der ungleich Starke und »Ungleiche« miteinander solidarisch sind – und das jenseits biologischer Verwandtschaft und monogamer Ehe.

Seit die Pflegeversicherung eingeführt wurde, wird von Jahr zu Jahr mehr Geld aus dem Pflögetopf benötigt, immer wieder wird darüber debattiert, die Umlage zu erhöhen. Auch wenn die Bundesrepublik nicht »vergreisen« wird, so ist es dennoch notwendig, Konzepte zu entwickeln, damit Menschen ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben im Alter führen können. Eine Idee, die immer wieder aufkommt, sind Mehrgenerationenhäuser oder Alten-WGs. Auch wenn das nicht für alle Menschen eine passende Lösung ist, so sind derartige Konzepte doch ein gutes Beispiel für funktionierende, verbindliche Solidarität unter Nicht-Verwandten.

Es geht also letztlich um Verbindlichkeit und Verantwortung. Darum geht es auch in Liebesbeziehungen jeglicher Art. Auch wenn die Moderne zahlreiche Formen der Geburtenkontrolle wie neue Verhütungsmittel hervorgebracht hat, kann dennoch gerade Sex mit einer Person, die einem vollends »den Kopf verdreht«, ein ganz besonders lustvolles Erlebnis sein. Emotionale Höhenflüge gibt es nun mal nicht zum Nulltarif, nur wer sich in den Dschungel wagt, wird dort auch flammende Urwaldblumen finden. Dem von Oliver Schott (Jungle World 35/07) propagierten rationalen Hedonismus mit der aktiv gelebten, absoluten Beliebigkeit fehlt ganz einfach »der Wahnsinn« – auch wenn es absolut richtig, ja erstrebenswert ist, mehr als einen Menschen zur gleichen Zeit zu lieben. Doch darum ging es Schott ja nicht, Liebe ist das Gegenteil von unverbindlichem Sex.

Vielleicht ist das auch eine Frage von Geschlechterrollen. Gesellschaftliche Prägungen können dazu führen, dass »schneller, unverbindlicher Sex« für Männer eine attraktivere Option ist als für Frauen. Wenn Frauen abseits von Zweierbeziehungen vögeln möchten, tun sie das wohl mehrheitlich im Rahmen von »romantisierten Freundschaften«, wie sie Katrina Blindow und Alek Ommert (37/07) propagieren. Egal welchen Geschlechts und in welcher Konstellation – sowohl Blindow/Ommert als auch Sebastian Winter (36/07) merkten richtigerweise an, dass Queere und Poly-Realitäten in Schotts Text nicht angesprochen werden –, für die Mehrheit der Menschen dürfte es »leichter« sein, sich in einer Situation vollends fallen zu lassen, wenn sie den Mitspielenden zumindest zu einem gewissen Grad vertrauen können.

Vertrauen und Verbindlichkeit sind auch die Schlüsselworte für die solidarische Gesellschaft von morgen. Familienpolitik ist, wenn fortschrittlich und modern, die Politik der Solidarität im Kleinen und nicht mehr wie bisher die Politik des Gebärens und Heiratens. Es ist ein politischer Erfolg der CDU-Ministerin Ursula von der Leyen, das Thema aus der »Gedönskiste« ins Zentrum der Regierungspolitik geholt zu haben. Dies konnte nur einer Konservativen gelingen, jede Familienministerin aus dem linken Lager wäre in kürzester Zeit mit dem Vorwurf der »DDR-Nostalgie« konfrontiert worden, hätte sie ein vergleichbares Programm präsentiert. Von der CDU-Ministerin wurde nun auch im bürgerlichen Lager eine längst überfällige Debatte initiiert, und das sorgt überall für Verwirrung: Die familienpolitische Sprecherin der Partei Die Linke im Saarland, Oskar Lafontaines Ehefrau Christa Müller, widersprach und wehrte sich gegen die »Fremdbetreuung« von Kindern. Müller fordert ein »Erziehungsgehalt« – und befindet sich damit ideologisch nicht weit entfernt von der NPD. Die fordert ein »Müttergehalt« in Höhe von 1 000 Euro – natürlich nur für Deutsche.

Die patriarchalen Realitäten sind tief verwurzelt in der bundesdeutschen Gesellschaft. Solange kleine Mädchen mit Puppen und Jungs mit Fischer-Technik aufwachsen, solange Jungen im Matheunterricht bestärkt, Mädchen aber für gutes Französisch gelobt werden, bleiben Geschlechterklischees, wie sie sind. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt; nur ein Beispiel ist die Unterstellung, eine junge, gut ausgebildete Frau hätte nichts anderes zu tun, als sich, wenn der Arbeitsvertrag in trockenen Tüchern ist, sofort in den Schwangerschaftsurlaub abzuseilen.

Manch anderem käme dies aber gerade Recht: Die Demografiedebatte des Jahres 2005 arbeitete sich an Kinderzahlen und Geburtenquoten ab. Frank Schirrmacher sah Deutschland vergreisen. Die meist männlichen Journalisten übernahmen die Zahlen unkritisch, nur zögerlich wurde leise Kritik hörbar. So rechnet Antje Schrupp in ihrem Buch »Methusalems Mütter« vor, dass die Zahlen aufgrund immer älter werdender Mütter kaum aussagekräftig seien. Heute sei es nicht ungewöhnlich, erst mit Mitte dreißig Kinder zu bekommen. Verschärft werde die statistische Schieflage durch den Zusammenbruch der DDR. Im Osten war es viel verbreiteter, schon als junger Mensch Kinder zu bekommen. Erst wenn sich die statistische Situation in ein paar Jahren wieder eingependelt habe, könne man überhaupt Aussagen darüber machen, ob in Deutschland »zu wenige« Kinder geboren würden oder nicht.

Nötig ist eine direkte Förderung derjenigen, denen das Ehegattensplitting zugute kommen soll: den Kindern. Die Kinderarmut hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen, ein gerechtes Bildungssystem ist in weiter Ferne. Kinder und Jugendliche brauchen gesellschaftliche Wertschätzung – vor allem in einer Form: mehr Mittel für Bildungs- und Betreuungsinstitutionen. Das ist kein Staatsfetischismus, sondern Garant für mehr Gerechtigkeit. Die auf lebenslange Monogamie angelegte Zweierbeziehung, sprich Ehe, ist nicht geeignet, Lösungen für die angesprochenen Zukunftsprobleme zu bieten. Anstatt mit der Gießkanne Geld aus dem Ehegattensplitting an Eheringträgerinnen und -träger zu verschenken, muss die öffentliche Hand gestärkt werden. Denn die solidarische Gesellschaft von morgen ist vielfältig, individualistisch und selbstbestimmt, und die Ehe, egal ob sie sieben Jahre oder ein ganzes Leben dauern soll, die geht den Staat überhaupt nichts an.

Die Autorin ist Mitglied des Parteirats der Grünen und betreibt die T-Shirt-Kampagne »Monogamie ist keine Lösung«.